

Das alles erklärt den Zulauf der AfD nicht

Zur: „Wenn die Brandmauer bröckelt“, FR-Feuilleton vom 9. Juli

Unser Steuergeld fließt in die falschen Kanäle

Die kluge Analyse des Schlagworts von der „Brandmauer“ von Michael Hesse macht sehr deutlich, dass es sich hier nur um einen Propagandabegriff handelt. Indem die Parteien den Fokus auf den „Kampf gegen Rechts“ legen, lenken sie ab von ihrer eigenen Schuld.

Natürlich ist es die Abhängigkeit der „demokratischen“ Parteien von der Profitgier der Wirtschaft, die erst zum Anwachsen der rechtsextremen Parteien geführt hat. Das Steuergeld fließt in die Förderung der klima- und umweltzerstörenden Wirtschaftszweige, nicht in die Bereiche des Sozialen, der Bildung, des Kampfes gegen den Klimawandel. Analog zur „Brandmauer“ fällt mir das Bild vom Deich ein: Die Deiche werden erhöht, statt die Ursachen der immer stärker steigenden Flut zu bekämpfen. Es werden CO₂-Speicher geplant, ohne dass die CO₂-Produktion nennenswert eingeschränkt wird – nein, damit sie nicht eingeschränkt werden muss! Ich muss sagen, dass auch die Heilsbotschaften der Windkraft, des Recycling und der von Joachim Wille beschriebenen begrünten „Schwammstädte“ dazu gehören. Die Produktion umwelt-schädlicher Produkte, von Plas-

tikmüll, die Versiegelungen und Betonierungen etc. gehen ungehemmt weiter, der Autoverkehr wächst weiter, Internet und andere Entwicklungen brauchen immer mehr Energie – aber die soll nun „grün“ sein.

„Brandmauern“ und „Deicherhöhungen“ haben gemeinsam, dass sie bewusst von den eigentlichen Ursachen ablenken, und damit die schädlichen Entwicklungen nicht stoppen, sondern sogar noch fördern. Eine solche Politik bereitet den eigenen Untergang vor. Aber ich fürchte, Politik und Wirtschaft werden sich auch mit „Faschos“, die die Demokratie und den Planeten zerstören, zu arrangieren wissen wie anno dazumal (1933).

Manfred Bonson, Lüdinghausen

Warum wurde die Realität im Osten nicht erkannt?

Den Aussagen des Artikels stimme ich im Wesentlichen zu, möchte aber trotzdem einige Anmerkungen machen. Hesse schreibt, dass die Demokratien in ihrem Bestand gefährdet seien, woran die rechtspopulistischen Bewegungen schuld (sic!) seien. Schuld? Ursache und Wirkung sind doch zu beachten, zumal der Autor von „Defiziten bei der Politik und Parteien“ spricht. Also Verwechslung von Ursache und Wirkung. Er schreibt, dass die „demokratischen Parteien

einfach nicht in der Lage waren, die Realität in Ostdeutschland zu erkennen“. Aber warum waren sie dazu nicht in der Lage? Warum waren die Abgeordneten der entsprechenden Wahlkreise (nicht Parteien, sondern handelnde Menschen) dazu nicht in der Lage? Warum sahen oder sahen sie die Probleme nicht? Vielleicht würde es ja helfen, wenn der Bundestag etwas weniger versucht, Regelungen für was auch immer zu finden, so dass die Abgeordneten mehr Zeit in ihren Wahlkreisen verbringen könnten. Als Beispiel/Vorlage möge dienen, dass der Reichskanzler Bismarck monatelang nicht in Berlin, sondern auf seinem Gut Varzin war. Und damals gab es noch keine modernen Kommunikationsmittel, mit denen man jederzeit alle erreichen kann.

Rechte Parteien gab es viele in der BRD, z.B. die NPD oder die DVU. Das Phänomen ist nicht neu. Es stellt sich die Frage, warum „nun“ die AfD einen solchen Zulauf, und nicht nur in Ostdeutschland, hat? Ist es die Angst der Menschen, die ja mehrfach im Artikel auftaucht? Dann müsste „man“ entängstigt handeln. Beispiel: Merkels „Die Spareinlagen sind sicher“. Kann das die AfD und die anderen „Parteien“ können es nicht? Und wenn ja, warum nicht?

Rüdiger Erdmann, Pattensen



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie: frblog.de/f20240710

Fragt mal die Grünen

Zur: „Die Wut der Giorgia Meloni“, FR-Politik vom 28. Juni

Wie Herr Straub die Nominierung von der Leyens als Kommissionspräsidentin darstellt, hat mich verstört: Da wird Frau Meloni zitiert mit ihrer Rede von „Kamingesprächen einer kleinen Gruppe“. Man könnte auch sagen, dass sich hier wichtige Leute auf einen Schulterchluss gegen rechts geeinigt haben. Sicher, Sozialdemokraten und Liberale waren keineswegs die Gewinner der Wahl. Wäre es anders, hätten sie (hoffentlich) nicht die erzkonservative von der Leyen für das Amt vorgeschlagen. Nun konnte die EVP kaum anders, als diesem Vorschlag zuzustimmen. Ob sie sich damit in eine „Brandmauer gegen rechts“ einreicht, wird sich zeigen.

Dass nun die Zustimmung der Rechten zu von der Leyens Wahl im EU-Parlament fraglich wird, ist alles andere als ein „Eigentor“ für Scholz und Macron. Eine von postfaschistischen, europakritischen Kräften abhängige Kommissionspräsidentin ist das letzte, was Europa braucht. Man wird nun auf die Grünen zugehen müssen. Vielleicht bleiben dadurch wenigstens Bruchstücke des „Green Deal“ erhalten.

Peter Steinberg, Frankfurt

Ein typisches Lockangebot

Steueranreize für Fachkräfte: „Lasst es bleiben!“, FR-Meinung vom 10. Juli

Dem Kommentar kann ich nur zustimmen: Steuervergünstigungen für ausländische Fachkräfte sind eine schlechte Idee, weil sie neue Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten schaffen. Es handelt sich um ein typisches Lockangebot, das spätere Ausbeutung begünstigt. Für solche Maßnahmen werden Grüne und SPD zu Recht abgestraft, FDP und CDU/CSU allzu oft gewählt. Für Rechtsaußen bieten solche Ideen gefundenes Fressen für großmäulige Polemik, ohne einen konstruktiven Vorschlag machen zu können. Dieses Wirtschaftssystem zeigt an so vielen Beispielen (siehe Pflege) immer wieder, dass es Ungerechtigkeiten durch Profitstreben produziert. Wenn Arbeitsbedingungen und Bezahlung nicht nur von Profitinteressen bestimmt sind, lassen sich Arbeitnehmer*innen sowohl im In- als auch im Ausland finden.

Ich kann mich an lang zurückliegende Zeiten erinnern, als Menschen in soziale Berufe gewechselt sind, weil sie etwas Sinnvolles arbeiten wollten. Heute werden destruktive Jobs (Lobbyarbeit im Geist der Ausbeutungspraxis) besonders gut bezahlt. SPD und Grüne sollten endlich den Mut haben, den Neoliberalismus zumindest infrage zu stellen. Wenn sie dafür nach der nächsten Wahl in der Opposition landen, haben sie die Chance, sich glaubwürdig neu aufzustellen.

Robert Maxeiner, Frankfurt

Tempolimit in Städten und auf Landstraßen

Zur: „Rasen geht eh nicht mehr“, FR-Meinung vom 6. Juli

Obwohl ich ein generelles Tempolimit in Deutschland wie in fast allen hochentwickelten Ländern befürworte, stimme ich dem Argument, ein Tempolimit auf Autobahnen führe zu deutlich weniger Verkehrstoten, nicht zu, denn es ist statistisch nicht belegbar. Ich nenne aus der Verkehrsstatistik aller europäischen Länder exemplarisch Bulgarien und Rumänien mit den höchsten Werten von 82 bzw. 81 Toten pro Million Einwohner und die Schweiz und Schweden mit den niedrigsten Werten von je 22. Alle diese Länder haben Tempolimits, wohingegen Deutschland trotz Fehlanzeige mit einer Quote von 34 einen sehr guten Platz belegt. Diese Reihenfolge lässt sich nicht durch ein Limit, son-

dern fast vollständig durch den unterschiedlichen Zustand der Straßen und Fahrzeuge erklären. Das zeigt, dass Investitionen in strukturelle Maßnahmen lohnend sind, was ebenso für die Infrastruktur zugunsten von Radfahrern, Fußgängern und ÖPNV gilt.

Sehr gut belegt ist hingegen, wie Herr Wenzel am Beispiel Frankreich zeigt, die unfallmindernde Wirkung von Temposenkungen auf Landstraßen und in Innenstädten, da sich hier unterschiedliche Verkehrsmittelarten gemeinsam bewegen. Wo strukturelle Verbesserungen noch nicht umgesetzt sind oder sich nicht umsetzen lassen, wäre eine Temposenkung eine effektive, kostengünstige und lebensretten-

de Sofortmaßnahme. Interessant ist auch, durch welche weiteren Maßnahmen es Bulgarien geschafft hat, seine extrem schlechten Werte seit 2008 bis heute fast zu halbieren. Am effektivsten haben sich Aufklärungskampagnen erwiesen: verstärkte Kontrollen bezüglich Licht, Gurtpflicht, Fahrzeugzustand – sowie die Vermeidung von Ablenkung, insbesondere durch Mobiltelefone. Ein generelles Tempolimit auf Autobahnen bringt also wenig in Bezug auf die Unfallzahlen. Es ist aber dennoch sinnvoll, da es Verschleiß, Kraftstoffverbrauch und Schadstoffausstoß vermeidet und für einen Verkehrsfluss mit entspannterem Verhalten sorgt, was in unser aller Sinne ist.

Stefan Riegel, Bad Vilbel

FR ERLEBEN

Oliver Teutsch liest aus seinem Roman „Die Akte Klambautermann“ über die wunderbare Entstehung von „Jeder stirbt für sich allein“, dem letzten Roman von Hans Fallada. Im Rahmen der Sonntags-Matinee.

Sonntag, 14. Juli, 11 Uhr
Altstadtbühne Karo-Keller
Alte Marktstr. 38, Ortenberg

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit dem Juristen Klaus Stähle über sein Buch „Rechtsfragen beim Kontakt mit Extraterrestriellen“. Donnerstag, 25. Juli, 19 Uhr
DenkBar
Spohrstraße 46a, Frankfurt

Wenn die Demokratie zur Auto-Kratie wird

Zur: „Bündnis gegen Autobahn-Pläne“, FR-Klima vom 2. Juli

Nach der Verfassung ist die Bundesrepublik Deutschland eine Demokratie. Bei Klimafragen verwandelt sie sich aber sofort in eine Auto-Kratie. Alle Macht geht dann von der Autowirtschaft und ihren Interessengruppen aus. Als ausführendes Organ wollen denn die Minister Lindner und Wissing im neuen Haushalt 20 Milliarden für den Bau neuer Autobahnen einset-

zen, statt sie für die vorhandene marode Infrastruktur zu verwenden.

Minister Wissing hat gerade das Kunststück vollbracht – vermeintlich im Interesse des Klimas –, Verkehrsverbote an Wochenenden zu verhängen. Es war aber nur eine Erpressung der Koalitionspartner, um ihn in seinem Ministerium von der Verpflichtung zu befreien, Klima-

ziele einzuhalten. Immerhin hat der Minister mit diesem Manöver unfreiwillig offenbart, auf welche Zukunft wir mit seiner Verweigerungspolitik zusteuern, nämlich Zwangsmaßnahmen großen Ausmaßes für uns und die kommende Generation. Vom Bundesverfassungsgericht zwar verboten, aber was schert das einen Minister in Deutschland, heilig Autoland. Dieter Reitz, Mainz